

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quis
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Hülfestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Rasse läßt das Mäusen nicht

und die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht das Schwindeln. In ihrer Nr. 37 bespricht sie die Bestrebungen der Arbeiterschaft, mit Hilfe der nach dem Hilfsdienstgesetz errichteten Schlichtungsausschüsse Arbeitszeitverkürzungen durchzuführen. Es ist allgemein bekannt, daß alle Tüchtigkeit der deutschen Führer und alle hingebende Tapferkeit der deutschen Krieger vergeblich gewesen wären, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich nicht mit gleicher Hingebung zur Verfügung gestellt und die unvorstellbar großen Mengen von Heer- und Flottengegenständen Tag und Nacht angefertigt hätte. Das alles geschah unter so vielen, so drückenden und so erschwerenden Umständen, daß es unmöglich ist, dies alles in wenigen Zeilen gebührend zu würdigen. Das alles ist ja auch — wenigstens in Worten — schon oft genug anerkannt worden. Es ist sogar möglich, daß auch die Arbeitgeber-Zeitung früher einmal nicht umhin konnte, ein paar Zeilen darüber zu bringen. Es hätte aber eigentlich nahe gelegen, nun auch in diesem Zusammenhange ein Wort darüber zu sagen. Daß die Arbeitgeber-Zeitung das nicht tut, ist wieder recht bezeichnend für sie. Sie erdreistet sich aber, folgendes zu schreiben:

„Ein dringendes Bedürfnis für die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterschaft liegt aus diesen Gründen nicht vor; das geht schon daraus hervor, daß die Arbeiterausschüsse in den meisten Fällen keineswegs von sich aus das Verlangen nach Verkürzung gestellt haben, sondern erst von Beauftragten der Gewerkschaften zur Stellung eines Antrages an die Werksleitungen veranlaßt worden sind. Es liegt uns die Aeußerung eines Arbeiters aus dem Jahre 1917 vor, die besagt, der Arbeiterschutzbund habe den Antrag nur deshalb gestellt, damit auf das Drängen der Gewerkschaftsführer etwas gefschehe. Wäre ein solches Bedürfnis vorhanden, so hätte die Arbeitszeit bei entsprechender Gewährung der Stundenlöhne vergrößert werden müssen, um die alte Arbeitszeit wieder verlangt wurde, um bei der neuen Stundenlohnung einen höheren Verdienst zu erzielen. Es scheint demnach, als ob es den Gewerkschaften eher um die Verdrängung einer gewissen internationalen Solidarität zu tun sei, wenn sie auch bei uns den halben holly day einzuführen suchten, denn auch in Frankreich, in der Schweiz, in den nordischen Ländern und in Oesterreich-Ungarn machen sich gleiche Bestrebungen geltend, die schließlich wohl zur Er-zwingung des Achtstundentages führen sollen.“

Die Arbeitgeber-Zeitung weiß also nichts weiter zu tun, als die alte Scharfmacherweise zu wiederholen, daß die Arbeiterbewegung weiter nichts sei als das Werk von „Gebern“. Unzählige Male ist schon nachgewiesen worden, daß wenn es zu einer Bewegung um höhere Löhne oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen kommt, die Arbeiter regelmäßig schon lange eine solche Bewegung einleiten wollten, daß die Gewerkschaftsangehörigen sich aber angelegen sein lassen, nach bestem Wissen genau zu prüfen, ob es möglich ist, die Bewegung mit Erfolg durchzuführen. Ist dieser zweifelhaft, so raten sie ab, obgleich sie dann fast regelmäßig in den Ruf des „Bremsens“ kommen. Ist jedoch Aussicht auf Erfolg vorhanden, dann stehen die Führer und „Geber“ der Arbeiter aber auch mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen zur Seite, damit alle Möglichkeiten zum Erfolg ausgenutzt, Fehler vermieden werden — wie es in vielen Fällen geschieht — der eroberte Sperling in der Hand gebührend geschätzt und nicht einer Taube auf dem Dache nachgezagt werde. Wenn die Massen den Führern folgen, dann werden viele Fehler vermieden, die bewaffnete Macht erhält keine Gelegenheit, gewalttätig gegen die Massen vorzugehen (oft zum Leidwesen der Scharfmacher), und die Augenblicke, die die Unternehmer den Arbeitern machen müssen, wirken nachhaltiger, als wenn die Arbeiter, wie es früher war, in wilden Streiks den Unternehmern zeitweilige Erfolge abdrangen, die alten Uebelstände sich aber in kurzer Zeit wieder einschlichen und der Kampf von neuem beginnen mußte.

Es ist begreiflich, daß aus diesen Gründen die Scharfmacher eine nicht geringe Rute gegen die Gewerkschaftsführer haben. Sei's drum. Um den Unternehmern einen Gefallen zu tun, haben die Gewerkschaftsmitglieder sie auch nicht angestellt. Um sie von neuem zu verächtigen, kam die Arbeitgeber-Zeitung die Behauptung aus, „ein Arbeiterschutzbundmitglied“ habe geäußert, der Antrag auf Arbeitszeitverkürzung sei nur gestellt worden, „damit auf Drängen der Gewerkschaftsführer etwas geschähe.“ Selbstverständlich würde die Arbeitgeber-Zeitung in diese Verleumdung kommen, wenn sie angeben sollte, wo und wann dieses „Arbeiterschutzbundmitglied“ die Aeußerung getan haben soll. Wie oft haben wir früher solche Behauptungen hören müssen, und wenn sie in so bestimmter Form getan wurden, daß man sie auf Wichtigkeit prüfen konnte, so erwiesen sie sich regelmäßig als Schwindel. Es stellt der Schriftleitung des Unternehmerblattes kein gutes Zeugnis aus, daß es ihr nicht möglich ist, sich endlich einmal auf etwas Neues zu besinnen. Wir haben zu r. Zeitungsheft, bei der Arbeitgeber-Zeitung scheint diese sich aber auch aufs Hin-schmelzen zu erstrecken.

Soweit darüber. Besonders haben es der Arbeitgeber-Zeitung die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit im Rheinland und in Westfalen angefallen. Wir wollen hier in diese Sache nicht eingreifen; außerdem wird in den Berichten aus den Verwaltungsstellen während der letzten Monate viel darüber mitgeteilt. Wo die Schlichtungsausschüsse die Forderungen der Arbeiter abgelehnt oder sonst für die Unternehmer günstig entschieden haben, da findet die Arbeitgeber-Zeitung die Sache natürlich in Ordnung, ebenso ist es nach ihren Begriffen in Ordnung, daß die Schlichtungsausschüsse die Forderungen der Arbeiter nirgend in größerem Umfange anerkannt haben. Ge-argert hat sie nur der Schlichtungsausschuss in Duisburg, weil er entschieden hat, es solle vier Wochen lang in getürzter Arbeitszeit und zu erhöhten Stücklöhnen gearbeitet werden. Der Gewerksrat solle während der Berufszeit die Leistung prüfen. Diese Entscheidung hält die Arbeitgeber-Zeitung für „äußerst bedenklich“, denn die Arbeiterschaft würde „ohne Zweifel während der Probezeit außerordentliche Anstrengungen machen, damit die Leistungshöhe nicht oder nur um wenigstens verringert werde“. Das Ergebnis der Berufszeit habe dann keine Beweiskraft. Es handelt sich hier um ein ganzes

fährliches Experiment, das zu machen die Schlichtungsausschüsse ablehnen sollten“. Wie wenig man gerade die Arbeiter im Rheinland den darin enthaltenen Vorurteil verdienen, beweisen die während der letzten Monate von der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Berichte über die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit. Wie oft ist dabei gerade aus den Kreisen der Arbeiter heraus betont worden, daß sie durchaus den guten Willen haben, alles an Arbeitskraft herzugeben, was sie können. Sie haben sich rein gefügt, als man vor vier Jahren von ihnen forderte, sie müßten bis zur Grenze der Erschöpfung arbeiten, um die dringend nötige Heeres-ausrüstung zu liefern. Glaubte man doch damals noch, es könne höchstens einige Monate dauern. Wer vier Jahre lang hat man die Grenze des körperlichen Zusammenbruchs zu arbeiten, das hält doch niemand aus und wir sehen schon die Folgen in den bedrohlich steigenden Krankheitsfällen. Da muß man doch nach einem Ausweg suchen, der den Arbeitern eine kürzere Arbeitszeit ermöglicht, und es wäre merkwürdig, wenn die anpassungsfähige deutsche Industrie keinen finden könnte. Sowohl die deutsche Industrie als auch die deutsche Heeresverwaltung stehen vor der Wahl zwischen folgenden zwei Dingen: Entweder

wird der seit vier Jahren betriebene Neubau an der deutschen Volkskraft fortgesetzt und die Folge wird sein steigende Krankheits- und Unfallgefahr, daneben sinkende Leistungsfähigkeit, Zusammenbruch eines wachsenden Teils der Bevölkerung, der die Arbeitsleistung in der Rüstungsindustrie wie in der Lebensmittelherzeugung in steigendem Maße vermindert, daneben aber auch die Er-bitterung im Volke darüber, daß man an leitender Stelle so wenig Verständnis für seine Leiden und Bedürfnisse hat,

oder man gewährt der seit vier Jahren hart geplagten Arbeiterschaft durch Verkürzung der Arbeitszeit die Möglichkeit, aufzuschmausen, wieder mehr Kräfte zu sammeln, einmal auf andere Gedanken zu kommen, was sich dann in jeder Beziehung als vorteilhaft erweisen würde, nicht zum wenigsten auch in der Arbeitsleistung.

Es mag sein, daß einzelne Arbeiter oder gar die Arbeiter einzelner Betriebe schon die Rückkehr zu längerer Arbeitszeit verlangt haben. Solange aber die Arbeitgeber-Zeitung nicht wenigstens angeben kann, in welchem Berufszweige dies geschehen sein soll, solange ist man auch berechtigt, ihre Behauptung zu bezweifeln. Vor allen Dingen muß man wissen, unter welchen Umständen die Arbeiter dazu gekommen sind, die frühere Arbeitszeit wieder zu fordern.

Wir haben nicht die Absicht, in die Duisburger Angelegenheit einzugreifen und beschränken uns deswegen auf diese kurze Abwehr der Angriffe der Arbeitgeber-Zeitung. Ferner schenken wir diesem Blatte die Ausfälle auf die „unverantwortlichen Gewerkschaftsführer“. Selbst wenn wir alles Wort für Wort widerlegten, so würde dies das Scharfmacherblatt nicht abhalten, in seiner nächsten Nummer dieselben lächerlichen Angriffe zu wiederholen. Das kennen wir schon. Dies Blatt hat eben den Grundzweck, alles zu belumpfen, was auch nur im geringsten die Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer beeinträchtigt. Wir setzen dies unter anderm auch daran, daß das Blatt in derselben Nummer sich gegen Arbeiterschutzbestimmungen in den Friedensverträgen wendet.

Zukunftsfragen

Wie zu erwarten war, hat der Verein Deutscher Eisen- und Stahl-industrieller den Aufsatz in Nr. 20 unserer Zeitung beantwortet. (Siehe Nr. 34.) Die Erwiderung des Herrn Dr. Reichert beweist aber den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung schlagend, wie recht unsere Meinung von den verschiedenen Auffassungen der verschiedenen Klassen über die Zukunftsaufgaben Ausdruck gegeben war. Eine ganze Anzahl der verschiedenen Punkte ist bereits durch G. B. erledigt. Trotzdem bleibt noch einiges zu sagen übrig. Der Weg, auf dem deutsche Eisenindustrie verfolgt werden könnte und zwar für alle Zeit, ist schon mehrfach angegeben und hat sich in den letzten Jahrzehnten durchaus bewährt, das ist der Weg friedlichen Zusammenarbeitens mit anderen Völkern. Der Weg wird auch auf jeden Fall wieder beschritten werden aus Gründen der Beschaffenheit der Erde. Wollten wir nach dem Eisenbar-Rezept der deutschen Industriellen verfahren, um uns alle Mengen und Arten von Erzen im eigenen Zoll-gebiet zu verschaffen, so blieben weder Leute übrig, die die Erzeugung leisteten, noch solche, die die Erzeugnisse der Industrie kaufen könnten. Also auf dem Wege ist, wie der jetzige Krieg beweist, zu keinem Ende zu kommen, es sei denn, wir, die große Masse der Arbeiterschaft, hätten mit unserm Blut die ganze Erde als Gemein-eigentum für unsere Großindustriellen erkämpft und die sämtlichen Arbeiter als „ihre“ Arbeiter ins Joch gespannt. Und dafür haben wir uns. Wir wissen, wo unsere Rettung liegt, und verzichten darauf, die Küller zu sein, die sie sich wählen.

Was die Erinnerung an den vorigen Krieg betrifft, so meinen wir, man soll nicht alte Geschichten aufwärmen. Nach 1870 hat es eine Schwärzung gegeben, die auf das Konto derselben Klasse zu setzen ist, die heute (schrei und auch damals) die Sache um ein halbes Jahr verlängert hat. Geschichte kann man nicht rückwärts „wiederholen“ und Teile, die sich organisch eingegliedert haben, darf man nicht abtrennen. Damit muß es aber genug sein.

Mit dem gleichen Recht oder Unrecht wie unsere Industriellen können die aller anderen Völker auch unsere Erzeugnisse verlangen, und weil es sich so macht, die Rohstoffe dazu. Dann bleibt immer das alte Motto: „Wer der Stärkere ist, plündert den anderen aus.“ Gerade, weil wir der Meinung sind, daß auch im zwischenmenschlichen Verkehr Streitfragen als solche entschieden werden sollen, bekämpfen wir die Lösung auf dem Gewaltwege, wie sie unsern Eisenindustriellen die Rute in Gold verwandelt, als einziger Ausweg vorzuschreiben, mit aller Kraft. Und wenn wir den Ausschlag der blutigen Auseinander-setzung nicht hindern könnten, so haben wir noch lange keine Be-anlassung, auch wenn wir unsere bestehende Wirtschaft schützen wollen, uns zu Beredsamern des persönlichen Vorteils unserer innerpolitisch

der Meinung, sobald sich der Krieg beenden läßt, muß Schluss ge-macht werden. Keine Stunde länger, als durch die Verhältnisse ge-boten, darf Gut und Blut unserer Volksgenossen vertan werden. Und darum schärfster Kampf denjenigen, die nur ihre Freuden schätzen und verlängern möchten, ohne die Leiden anderer zu erkennen und zu fühlen. Weil aber auf beiden Seiten eine große Menge persönlich am Kriege beteiligter Schichten vorhanden sind, die es verstehen, ihre ununterrichtete, Denkschwäche und Denkschwäche zu benehmen und hinter ihre Parolen zu bringen, daran ist kein Ende des Unglückssturms zu sehen.

Darum interessiert es uns in diesem Zusammenhang auch, „daß der Erwerbssinn die treibende Kraft des ge-famten Wirtschaftslebens war und ist.“ Wir wollen uns dieses Zeugnis eines sicher unterrichteten Verfassers für eine Zeit aufbewahren, wenn einmal wieder die „höchsten Güter der Nation“ in Gefahr stehen, aus der Kumpelkammer hervorgeholt zu werden und durch fortwährendes Schleifen gepulvt werden, daß der Lohndruck im letzten Gold glänzt. Dann wollen wir daran denken, daß „der Krieg die Fortsetzung der Politik ist“, daß politische Fragen Wirtschaft-sfragen“ sind und die Wirtschaft vom „Erwerbssinn“ der Befehlenden, die Eigentümer aller Wirtschaftsmittel sind, getrieben wird. Vielleicht gelingt es dann, auch den letzten Bezir, die daran glauben müssen, in den Kampf für den Frieden zu ziehen und dadurch den Zukunfts-krieg zu verhindern.

Die Sorge um unsere Zukunft, nicht die um die des „Feindes“, triebte mir die Feder in die Hand. Denn auch die Erzeugnisse der „feindlichen“ Industrie, mit denen wir beglückt werden, gerade keine freundlichen Größe sind, so bleibt vom Standpunkt des Menschen die Zukunft dunkel, auch wenn unsere sich für weitere 50 Jahre etwas klar. Selbst wenn in der Normandie so viel Eisen liegt, daß Frankreich damit bis zum Weltuntergang genug hat, ändert sich nichts daran, daß die Einverleibung Longow-Briens in das deutsche Boll-gebet nicht nur als Forderung den Krieg verlängert bis dort hinaus, sondern einen neuen Revanchegebunden in verstärkter Auflage zu gebären und den alten am Leben zu erhalten Veranlassung ist. Wie die Rüst-ger der transatlantischen Industriellen Maratzo zur nationalen Wrause machte, an der sich mit der „Revanche“ zusammen Millionen Franzosen zur Siebestitze formatieren und in das Blutbergiesen treiben ließen, genau so würde es nach diesem Kriege gehen, wenn unsere ähnlich ge-arteten Kreise Recht bekämen. Denn nach diesem kurzatigen Ab-er-lag das aus Mischlingen aller Kulturteile, Farben und Völler auf-gegriffene französische Volk sich erholt hat, wird der einzige Gedanke die „Wiedergutmachung“ sein. Wer die heutige Weise mitgemacht hat, und es werden das immer weitere Kreise, wird kaum verlangen haben, unseren Enten ein so „schönes Erbe“ zu überlassen. Das Grausen geht alle Volkswirtschaftler an, wenn sie an die Liquidation dieses vom „Erwerbssinn“ getätigten „Geschäfts“ wie gewöhnlich denken, wenn sie daran denken, wie die Kosten gedeckt werden sollen. Und die Kosten, die entstanden sind, sind nicht solche eines Wolls und können nicht abgewälzt werden. Sie gehen auf Konto der Ernährung der Menschheit. Hier verursachen sie die Läden und hier müssen sie gebüßt werden. Nur die Kreise, die der „Erwerbssinn“ treibt, werden davon nicht betroffen, denn für sie ist Hochkonjunktur. Sie ernten Gold, wo andere Blut gefäß haben, und sie leiden keinen Schaden. Und sie machen keinerlei Anstalten, von diesem „Egen“ auch anderen mitzuteilen. Nach wie vor stemmen sie sich jedem politischen, sozialen und kulturellen Fortschritt entgegen, möchten sie diejenige, durch deren Arbeit und Blut ihnen alle Vorteile zufließen, zur Hörigkeit und Rechtslosigkeit verurteilen. Und dazu benutzen sie die durch unsere Ent-behrungen entstandene Not. Wenn nur gar eine Arbeiter-Zeitung sich zum Anwalt für seine Herren hergibt, so zeigt das nichts für die Güte der Sache, sondern für die Eitelkeit, um nicht zu sagen Dummheit des Verfassers, und die sich das gefallen lassen, können einem leid tun.

Ich kann es Herrn Dr. Reichert ja nicht verargen, wenn er meine Frage nach den Kosten zu einer „kapitalistischen“ macht. Aber jeder Leser unserer Zeitung durchschaut diese nicht nur „durchsichtige“, sondern sogar plumpe „Maschabe“. Die kapitalistischen Kräfte liegen sich abtragen dadurch, daß man den erwerbssinnigen Profitjägern ihre im Kriege durch Ueberverteilung des Staates und andere „Ent-behrungen, die keine sind,“ und nicht „beschämende Untugenden“ er-worbenen Ueberverdienste durch ein rationales Steuerverfahren ab-nimmt. Das Loch allerdings, das in die Wirtschaftsmöglichkeiten geschaffen ist, bleibt darin. Das ließe sich aber im Laufe von Jahren plombieren. Was aber verloren ist an Menschenleben, Güter und Freude ist unüberbringlich dahin. Und das sind die Kosten, um deren Be-zahlung sich Herr Dr. Reichert und seine Auftraggeber nicht kümmern, weil ihre Zielkraft der Erwerbssinn ist. Uns können aber die „Soziale Bilanz des Krieges“ mehr als die kapitalistische. Und weil diese heute schon so ungeheure Verlustzahlen aufweist, die mit jedem Tage um weitere große Posten steigen, deshalb müssen wir dafür kämpfen, daß in Zukunftsfragen solche Bilanzen nicht wieder gezogen werden können. Und unsere Eisen- und Stahlindustriellen sind die-jenigen, denen man dabei auf „die Hände sehen muß und nicht auf-suchen“. Denn das Schwindeln den Profit in nationale Güter um. adh.

Sachsens Metallindustrie nach dem Kriegsbericht der Gewerbeaufsicht

Die Gewerbeaufsicht im Königreich Sachsen hat vor kurzem einen gedrängten Bericht über ihre Tätigkeit in den Kriegsjahren 1914 bis 1917 herausgegeben. Darin ist auch eine Uebersicht von dem Stande der Industrie nach der Ergebnisse der Arbeitererhebungen ent-halten, die in Sachsen auch in der Kriegszeit regelmäßig am 1. Mai jedes Jahres vorgenommen werden sind. Darunter ergibt sich, daß der Krieg geradezu verheerend auf die Gewerbebetriebe eingewirkt hat. Doch sind die einzelnen Industriebetriebe recht verschieden betingehaft worden. Im künftigen sind die Metallbetriebe, die

Die Zahl der in der Kriegszeit betriebenen Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen sank in ganz Sachsen vom 1. Mai 1914 bis zu demselben Zeitpunkt im Jahre 1917 von 35 000 auf reichlich 24 000, also auf fast zwei Drittel. Die Zahl der Arbeiter ging im gleichen dreijährigen Zeitraum von 851 000 auf 648 000, die der erwachsenen männlichen Personen von rund 523 000 auf knapp 300 000 zurück, fast mithin um 60 v. H. Daß die männlichen Arbeitskräfte zum Teil durch weibliche ersetzt worden sind, ergibt sich daraus, daß die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen, die sich 1914 auf rund 255 000 belief, um etwa 25 000 gestiegen ist, während die jugendlichen männlichen Personen in den Kriegsjahren keine wesentliche Veränderung erfahren haben. Denn es wurden deren am 1. Mai 1914 42 000 und drei Jahre später 43 000 gezählt. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Eigenbetriebe der Hoerresverwaltung nur zum Teil, die Eisenbahnwerkstätten aber überhaupt nicht mehr von der Arbeiterzählung erfasst werden.

Wie schon erwähnt, wurde die Textilindustrie Sachsens, der Haupterwerbszweig des Landes, am schlimmsten unter den Einwirkungen des Krieges heimgeschickt; deren Betriebe gingen von 6724 auf 2861 zurück und die Arbeiterzahl von 253 995 auf 119 781, also auf weniger als die Hälfte zurück. In ähnlicher Weise wurden die Steinbrüche, Ziegeleien, Glashütten, das Baugewerbe, die polygraphischen Gewerbe, die Papier- und die Holzindustrie betroffen, wenn auch nicht ganz so schlimm. Einen Aufschwung hatten neben der chemischen Industrie, wo die Arbeiterzahl von 10 096 auf 16 717 stieg, die Gruppen der Metallverarbeitung und der Maschinenindustrie, zu verzeichnen. Hier ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten von 205 334 auf 241 292, also um rund 36 000 gestiegen. Doch wurde diese Steigerung allein durch eine Zunahme der Frauennarbeit herbeigeführt. Denn die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen stieg von 18 529 auf 78 661, also um reichlich 60 000 oder um mehr als das Dreifache. Die Zahl der jugendlichen männlichen Personen hat in der Metallindustrie eine Steigerung von 20 005 auf 25 784, also um mehr als ein Viertel des früheren Bestandes erreicht, während, wie wir bereits gesehen haben, die Beschäftigung der Jugendlichen im Landesdurchschnitt in den drei Kriegsjahren ungefähr die gleiche geblieben ist. Noch stärker ist im Metallgewerbe die Zahl der jugendlichen weiblichen Personen angewachsen, nämlich von 1753 auf 4657, also um das Dreifache der früheren Zahl. Der Bericht bemerkt zu diesen Angaben: „Die Metall- und Maschinenindustrie ist also in der Lage gewesen, einen beachtlichen Teil jener männlichen und weiblichen Arbeiter aufzunehmen, die infolge des Rückgangs in anderen Industriezweigen, namentlich in der Textilindustrie, verfügbar geworden sind.“

Am besten hat in der Metallindustrie die Gruppe Maschinen-, Instrumenten- und Apparatebau abgeschnitten, wo sich die Arbeiterzahl von 136 503 auf 171 418 vermehrte, während die in der Metallbearbeitung Beschäftigten nur von 68 663 auf 69 854 anwuchs. Daß der Krieg auch in der Metallindustrie zu einer raschen Verdichtung des Kapitals und damit einer Vernichtung zahlreicher kleinerer Betriebe geführt hat, ergibt sich daraus, daß auch in der Metallindustrie trotz des großen, durch die Arbeiterzunahme ersichtlichen Aufschwungs eine starke Verminderung der Betriebsstätten eingetreten ist. Diese sind in der Metallbearbeitung von 2645 auf 2154 und im Maschinen-, Instrumenten- und Apparatebau von 2993 auf 2514 zurückgegangen. Es mag sein, daß nach Friedensschluß bei günstigen Geschäftslagen eine Anzahl dieser jetzt verschundenen Betriebe wieder erscheinen, die Mehrzahl wird aber wohl den Lohndrücker erhalten haben. Manche mögen auch von den größten, kapitalstärksten bereits aufgenommen oder rüchtliger aufgelassen worden sein. Man kann aus dieser Erscheinung wohl den Schluss ziehen, daß die Vorteile der Kriegswirtschaft nur den größeren Betrieben zugute gekommen sind. Der Krieg hat sich auch hier als revolutionär erwiesen, der mittlere Erzeuger vernichtet und die großen noch übermächtiger gemacht hat.

Die gesteigerte Tätigkeit hat aber auch Ueberarbeit in großem Umfang zur Folge gehabt. Das läßt sich freilich aus den vorliegenden Berichten nur erkennen, soweit die jungen Leute in Betracht kommen, die den gesetzlichen Vorschriften noch mit behördlicher Genehmigung Ueberstunden leisten dürfen. Eine der Berichten beigegebenen Uebersicht besagt, daß die Ueberstunden der jungen Leute in der Metallindustrie besonders zahlreich gewesen sind. 1915, wo die Kriegsaufträge noch nicht so zahlreich vorlagen, wurden 28 421 solcher Ueberstunden festgesetzt, 1916 aber bereits 77 600, während sie 1917 wieder auf 47 362 zurückgingen. Daß der größte Teil der bewilligten Ueberstunden auf die Metallindustrie entfallen ist, ergibt sich schon daraus, daß für 1916 an überhaupt bewilligten Ueberstunden 93 417 und für 1917 91 919 gemeldet wurden. Somit wuchsen im ersten Jahre auf die Metallindustrie wesentlich mehr als Dreiviertel und 1917 mehr als die Hälfte. Ein Vergleich mit den Friedensjahren ist leider nicht möglich, weil diese Erhebung erst seit 1915 durchgeführt wird. Soweit aber die Ueberarbeit von Arbeiterinnen in Betracht kommt, sind indes Vergleiche mit den Feststellungen in Friedensjahren möglich. Es ergibt sich daraus, daß sich besonders im Jahre 1916 die Ueberarbeit der Frauen in der Metallindustrie beinahe verdoppelt hat. Es wurden 1912 nur 60 453 Ueberstunden für Arbeiterinnen in der Metallindustrie bewilligt, 1916 aber 552 825, dagegen waren es 1917 noch 464 371, aber immer noch beinahe achtmal mehr als 1912. Außer den Ueberstunden wurde von Frauen und jungen Leuten auch noch Nachtarbeit geleistet, und zwar von ersteren 1916 an 1 237 426 Arbeitstagen, 1917 an 2 934 853, von den jungen Leuten 1916 an 25 054 Arbeitstagen, 1917 an 37 430.

Der Ueberarbeitung und ungesunden Arbeitszeit, die aus diesen Angaben spricht, würde eine stärkere Aufsicht gegenüberstehen. Aber das Gegenteil ist der Fall, wie sich aus den Angaben über die Revisionen gewerblicher Betriebe ergibt. Während 1912 22 160 Betriebe 30 119 mal nachgesehen wurden, konnte aus dem Jahre 1917 nur 12 833 Besuche gemeldet werden, die sich auf nur 9361 Betriebe erstreckten. In der Metallbearbeitung wurden 1912 1911 Prüfungen in 1586 Betrieben vorgenommen, im Maschinen- und Apparatebau 2433 in 2003 Betrieben, 1917 aber in der Metallbearbeitung nur 1415 in 1059 Betrieben, im Maschinen- und Apparatebau 1631 in 1263 Betrieben. Ähnliches ist der Fall in der Holzindustrie, weniger groß als im Landeshauptstadt, doch ist hier auch zu beachten, daß sich die Arbeiterzahl vermindert und die Geschäftstätigkeit der Arbeit infolge der Kriegszeit und der vielen ungesunden Arbeitszeiten wie auch des Fehlens der Arbeiter in den Kriegsbetrieben beinahe gestoppt worden ist. Berücksichtigt man noch, daß die Unfallverhütungsgesetze von 1912, wo 1887 vorgenommen wurden, auf 500 zurückgegangen sind, dann ist deutlich erkennbar, daß in einer Zeit, wo die Unternehmung die größten Gefahren einbringen, die Arbeiter gegen die Gefahren der Arbeit weniger denn je geschützt waren. Das würde sich noch deutlicher zeigen, wenn der vorliegende Kriegsbericht der jugendlichen Gewerbeschäftigten auch Angaben über die Betriebsunfälle enthalten würde, was leider nicht der Fall ist.

Wenn der Prophet hat auf den Rand,
Doch er nicht leidet Weisheit hat;
Doch glück's glänzender Ort,
Wohin als Weisheit zu denken.

Zur Beurteilung des Kapitalismus

Die ethischen Werturteile des Menschen über eine bestimmte Produktionsordnung sind im allgemeinen gute Anzeichen für den Grad der Lebensfähigkeit einer Produktionsordnung. Eine allgemein verurteilte Produktionsordnung kann nicht mehr bestehen; sie geht an dem allgemeinen Unwillen zugrunde. Über sie wird als über eine völlig veraltete der Stab gebrochen. Aber schon bevor dieses allgemeine Verdammungsurteil gesprochen wird, äußern sich Urteile über sie von mehr oder weniger großer Kraft und Bedeutung. Schon in den Tagen des Cracauer Babels sprechen größere Gruppen des Pariser Proletariats das Todesurteil über den jungen Kapitalismus. Über dieses Urteil war durchaus noch kein Anzeichen, daß die Produktionsmethoden des Kapitalismus nun nicht mehr zur Gesellschaftsordnung passen; denn die Produktionsmethoden blühten erst leppig im 19. Jahrhundert auf. Das Verdammungsurteil über den Kapitalismus geht dessen tatsächlicher Verdammung weit voraus. Erst muß dieses Urteil in den Setzen von Millionen einen wahren Aufbruch erregt und die revolutionären Massenempfindungen müssen sich zu einer revolutionären Massenkraft konzentriert haben, ehe die Produktionsmethoden als veraltet beseitigt werden können.

Paul Kampffmeier: Weltanschauung und Sozialdemokratie. München, Dietl & Co. m. b. H. 1911. Seite 44.

Arbeiterforderungen und Friedensverträge

Die deutsche Regierung hat mit der russischen Regierung Ergänzungsverträge zum Brest-Litovsk-Frieden abgeschlossen. Dies wäre eine günstige Gelegenheit gewesen, durch Aufnahme von sozialpolitischen Abmachungen zum Schutze der Arbeiter zu zeigen, daß Deutschland bereit ist, die neuen Wege zu gehen, die von den deutschen Arbeitern zu gehen gefordert werden. Die deutsche Regierung hat sich zu diesem kühnen Entschlusse nicht aufzuringeln können. Sie hat damit wieder einmal eine Gelegenheit verpasst, durch die Tat zu beweisen, daß ihre Versprechungen erfüllt werden sollen. Zur Stärkung des von der Regierung geforderten Vertrauens trägt diese Faltung nicht bei. In Arbeiterkreisen hat man kein so langes Gedächtnis, um sich nicht daran zu erinnern, daß der Unterstaatssekretär v. Busche dem Reichstage auf dessen dringende Anregung erklärte, die Regierung stehe den Bestrebungen, sozialpolitische Abmachungen in die Friedensverträge aufzunehmen, sympathisch gegenüber. Darauf hätte man folgen erwarten dürfen, daß die erste sich bietende Gelegenheit wahrgenommen würde, um das nachzuholen, was der Brest-Litovsk-Friedensvertrag nicht enthielt. Diese Erwartung ist nicht erfüllt worden.

Durch die Tagespresse ging nun nämlich zwar eine Notiz, wonach „erste Entwürfe“ säweben, um einen sozialpolitischen Zusatzvertrag mit Rußland noch nachträglich anzuschließen. Es ist nicht abzusehen, daß diese „ersten Entwürfe“ sich erst hinterher eingestellt haben. Wir sind nach den bisherigen Erfahrungen im Zweifel, ob diese Pressenotiz eine Beschönigungsbulle für die Arbeiterchaft sein soll oder ob tatsächlich Anstalten getroffen werden, um endlich, zum ersten Male bei einem Zusatzvertrage zum Frieden, Abmachungen zu treffen, die dem Schutze der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete dienen.

Zögernd, schwerfällig, von der Arbeiterchaft und anderen sozialpolitisch gerichteten Kreisen geschoben, geht die deutsche Regierung an diese neuen Aufgaben heran. Sie kann sich scheinbar nur schwer mit dem Gedanken vertraut machen, daß die völlig veränderten Grundlagen, unter denen dieser nun schon im fünften Jahre tobende Weltkrieg geführt wird, die Arbeiterchaft so in den Vordergrund geschoben haben, daß sie in allen Ländern mit gemeinsamen Forderungen auftritt und verlangt, bei den Friedensverträgen sei auch ihres Schutzes zu gedenken und Vertreter der organisierten Arbeiterchaft sollen dabei mitwirken.

Wir haben schon früher einmal in der Arbeiter-Zeitung darauf hingewiesen, daß diese Forderungen der Gewerkschaften geschäftlich etwas willkürlich Neues darstellen. Bei früheren Friedensschlüssen hielt man es allgemein für selbstverständlich, daß neben den militärischen auch die Angelegenheiten der gesamten bürgerlichen Erwerbschichten in Industrie, Handel und Landwirtschaft weitestgehende Berücksichtigung fanden. An Berücksichtigung der Arbeiterchaft dachte niemand, oder man glaubte, daß deren Angelegenheiten in den allgemeinen völkervertraglichen Angelegenheiten begriffen seien. Durch die Aufstellung der „Gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrage“ sind erst heute Kreise darauf aufmerksam geworden, daß diese Arbeiterwünsche etwas darstellen. Es weist über den Inhalt der bisherigen Friedensverträge hinweg. Die angebotene Internationalisierung der Sozialpolitik hat nichts mit der Sicherung der Erwerbsverhältnisse der bürgerlichen Kreise zu tun. Es handelt sich dabei nicht um aus einanderstehende Dinge, sondern um solche, die den Arbeitern aller Länder eigen sind. Für die deutschen und russischen Arbeiter, wie die österreichischen, französischen und englischen, um nur diese zu nennen, ist es gleich notwendig, daß überall ein freies Vereinigungsrecht gewährt wird, daß für die Arbeiter Freizügigkeit besteht, daß die Sozialversicherung gegen Krankheit, Altersschwäche, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit eingeführt und ausgebaut werde, daß die tägliche Arbeitszeit in der Richtung auf den Achtstundentag vermindert und der freie Sonntag und Feiertag überall eingeführt wird, daß endlich in allen Ländern ein wirksamer Frauen- und Kinderchutz besteht.

Es hat einige Zeit gedauert, bis sich außerhalb der Arbeiterchaft folgende Kreise mit diesen Forderungen auseinandergesetzt haben. Jetzt merkt man in Deutschland wohl allgemein die Verdrängung der Forderungen der deutschen Gewerkschaften. Der Verein für Sozialpolitik unterstützt sie in ausnehmender Weise. Nach einer Aeußerung der Deutschen Arbeiter-Zeitung in ihrer Nummer 27 zu urteilen, sehen selbst diese Kreise einer Internationalisierung der Sozialpolitik durch Abmachungen in den Friedensverträgen nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Auf der Wiener Tagung der deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsbünde wurde ebenfalls in einer Entscheidung des Bundesrats unterstellt, in die Friedensverträge Bestimmungen zur Internationalisierung der Sozialpolitik aufzunehmen. Eingangs dieses Briefes hat bereits auf die dringende Anregung des deutschen Reichstages hin, die dieser auf sozialdemokratischen Antrag hin beschloß, es heißt deshalb unverständlich, warum die deutsche Regierung noch immer zögert. Aus eigenen Worten Deutschlands, als eines der sozialpolitisch am weitest fortgeschrittenen Länder ist es, wenn in den Friedensverträgen die Forderungen der Arbeiterchaft gebührend berücksichtigt werden, die auf Internationalisierung der Sozialpolitik hinausgehen. Je länger der Krieg dauert, desto größere Bundes schlägt er der Volksgesundheit, und desto dringender behaft die Arbeiterchaft einen immer erhöhten sozialpolitischen Schutz zu ihrem eigenen Nutzen wie zu dem des allgemeinen Volkswohles. Wir hätten es deshalb mit Freuden begrüßt, wenn die deutsche Regierung in einschläffiger Weise den ersten Schritt auf diesem Wege getan hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. Um so mehr müssen wir an weiterer Forderung festhalten.

Unser letzter Verhandlungstag hat in der Entscheidung über den Vorstandsbericht sich die „Gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrage“ zu eigen gemacht. Bei der zögernden und schwankenden Haltung der Regierung ist es selbstverständlich, daß wir alle Kräfte aufbieten müssen, um diese Forderungen zu verwirklichen. Wir müssen verlangen, daß die Regierung endlich Ernst macht und damit beginnt, Gewerkschaftsvertreter zu den Vorberatungen über diesen Teil der Friedensverträge hinzuzuziehen. Von der politischen Tagespresse kann erwartet werden, daß sie die Gewerkschaften in diesem Bemühen wirksam unterstützt.

Zur Ernährungsfrage

Der Reichsminister hat auf die Denkschrift, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften am 9. September 1918 an ihn richteten (siehe vorige Nummer), folgende Antwort erteilt:

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe vom 9. September 1918 handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Absicht der Feinde, Deutschland durch Hunger zu besiegen, hervortrat, bildeten sie den Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungskreisen bin ich der Ansicht, daß alles geschehen muß, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erscheinenden Lagen zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Beamten sind unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstags gebildeten Beirat, unabhängig in dieser Richtung bemüht.

Als Grund für die Erzeugung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamts an, die lediglich durch Preisanzug eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuche. Die Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch das Abschneiden der Zufuhren bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und sonstigem Lebensmittelbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, von denen ein erheblicher Teil durch die Kriegführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturgemäß auf eine Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weitet Kreise und die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber ist die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet gewesen, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglich hoher Höhe zu halten mit dem Erfolg, daß die inländischen Preise insbesondere für Getreide und Kartoffeln durchweg wesentlich niedriger sind als die des Auslandes, und daß bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel, die inländischen Preise des Vorjahres in der Hauptsache haben beibehalten werden können. Bei Herabsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß aber auf die Erschwerung der Wirtschaft zu kämpfen sein. Durch Eingehung der Arbeitskräfte, Aushebung der Pferde, Verminderung des Viehbestandes, Mangel an Dünger und sonstige Umstände sind ihre Betriebsmittel geschwächt. In der Leitung der Betriebe müssen die im Felde stehenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungeübten Kräften vertreten werden. Die Beschaffung von Arbeitskräften, die Erzeugung und Instandhaltung des Inventars ist — wenn überhaupt — nur mit sehr erheblichen Kosten möglich. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren. Die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist ein Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf eine Erhebung der Einfuhr aus dem Osten gehofft werden kann, in der Hauptsache auf die eigene Erzeugung angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwerungen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, also im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger liegende Maßnahme.

Dem Umstand, daß die Preise auch beim sachgemäßen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kreise, insbesondere der nicht zur Nahrungsinindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Selbstbedienten bedeuten, wird durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln nach Möglichkeit Rechnung getragen. Die Aufwendungen hierfür haben bereits den Betrag vieler Millionen erreicht. Der Wucher und der Schleichhandel, die häufigen Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erst erzielen, wenn sie von allen Volksschichten in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden. Die Ernährungslage ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unabweislich besser gewesen als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungunstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch Anwendung der Brotstreckung vom 1. Oktober an wird die Möglichkeit gewahrt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsch, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfassung des gesamten Ernteüberschusses sind getroffen. Bevor sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, nicht zu bersehen läßt, kann die Voraussicht einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Ermöglicht es die Ernte, mehr als 7 Pfund zu geben, und gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mengen, so wird nicht geögert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, daß es im vergangenen Jahr vielerorts möglich gewesen sei, im Schleichhandel Kartoffeln über die öffentlich gegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage die allgemeine Zuteilung von mehr als 7 Pfund erlaubt hätten. Der Mangel an Getreide des einzelnen, unterstützt durch das Verbot unerlaubt hoher Preise, wird es vielfach gelingen, Mengen zu erwerben und zu besorgen, die der öffentlichen Zuteilung entsprechen. Es geschieht dies aber auf Kosten der anderen, wie sich auch im vergangenen Jahr gezeigt hat, indem gerade in den Gebieten, aus denen im Schleichhandel Kartoffeln herausgeholt waren, das Lieferungsstell nicht erfüllt werden konnte.

Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahr nicht ganz beseitigt werden können. Sie werden aber wie bisher überwunden werden. Gegenüber allen Ungünstigkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Tatsache nicht vergessen werden, daß die Ausbeutung der Feinde durch die ergriffenen Maßnahmen gestoppt ist. (Bez.) v. Hertling.

Diese Antwort ist ganz von der Art, die den Reichsminister auf bei seinen diplomatischen Kundgebungen auszeichnet. Auf sie trifft zu: „Man spricht vergebens viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein.“ Es soll also bei den bisherigen höchst mangelhaften Maßnahmen bleiben. Diese Antwort des Reichsministers zeigt, daß er von den Verhältnissen, unter denen die Masse der Bevölkerung leidet, entweder keine Kenntnis hat oder daß ihm dafür das Verständnis für die Folgen, die daraus entstehen, abgeht.

Im Banne der Redensarten

Die unter dieser Ueberschrift erscheinenden Aufsätze in den Num. 23, 24 und 25 haben einigen temperamentvollen Widerspruch gefunden. Dagegen wäre es sich nichts an sagen, er war wohl zu erwarten. Was ich aber besonders erwarren sollte, das war eine sachliche Entgegnung, eine vernünftige Erwiderung, die eben eine andere Ansicht behauptet und diese begründet. Das ist von keiner Seite geschehen und das bedauere ich selbst am allermeisten. Das, was ich in den drei Aufsätzen zum Gegenstand meiner Kritik machte, das rein geistmüßige Urteilen und Handeln, das besonders durch einige überkommene Lehr-

Berichte

Metallarbeiter.

Samstag a. M. Zur Ferienfrage. Wie jeder Mensch nach angestrebter Tätigkeit am Tage eine Ruhepause nötig hat, um seine verbrauchten Kräfte zu erneuern, ebenso hat es sich erwiesen, daß zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit dringender notwendig ist. Einseitige Unternehmer haben das ja längst anerkannt und durch den Weltkrieges ist eine derartige Ruhepause unbedingt zu erstreben. Jedoch wird diesen gerechten und notwendigen Forderungen der Arbeiterschaft leider nicht genügend Rechnung getragen. Die Kranken- und Erziehungsstellen werden jedoch eine zu beherbergende Sprache, die Unterernährung, die nicht mehr bestritten werden kann, trägt auch einen großen Teil Schuld daran. Die Notwendigkeit von Sommerurlaub hatten schon im Jahre 1905 die Hanauer Gold- und Silberarbeiter erkannt und sie durch ihren damaligen Fachverein durchgesetzt, jedoch nur für die Juwelen- und Silbererzeugnisse; für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Ketten- und Silberbranche ist damals diese Sache nicht erreicht worden. Später suchten die Unternehmer die Ferien wieder abzuschaffen dadurch, daß sie beschloßen, Neuauszulehrende und Neueinsteigende werden keine Ferien gegeben. Diese Ungleichheit und Ungezügelt in der Gold- und Silberbranche hat nun die Arbeiterschaft veranlaßt, durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband den Unternehmern den Wunsch zu unterbreiten, die Ferien auf alle in der Gold- und Silberwarenindustrie Beschäftigten auszudehnen. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes der Hanauer Edelmetallindustrie hat diesen Wunsch, ohne seine Mitglieder befragt zu haben, „grundsätzlich“ abgelehnt mit dem Hinweis auf Pforzheim und Schmidsbach Gmünd. Die Arbeiter sehen sich deshalb genötigt, an die einzelnen Unternehmer heranzutreten. Die Folge war, daß fast alle Unternehmer erklärten, keine Ferien zu sein. Inzwischen hat eine Vollversammlung der Unternehmer getagt und beschloßen, für die Kriegsdauer es ihren Mitgliedern freizustellen, Ferien zu geben. Es bewilligten nur alle Betriebe bis auf zwei 6 Tage Ferien unter Fortzahlung des Wochenlohnes. Es liegt nun an den Gold- und Silberarbeitern, sich diese Zugeständnisse auf die Dauer zu erhalten. Nur zwei Firmen machen eine Ausnahme: Die Silberwarenfabrik von J. A. Schlingloff und die sogenannten Vereinigten Silberwarenfabriken von Wolf & Knell und Gebr. J. L. Schlingloff. Letztere Herr Schlingloff. Unser Geschäftsführer, der im Auftrage der Arbeiter in anständiger Weise bei ihm vor sprach, fiel er wie müllig an und zeigte demselben die Lüre. Auch seinen Leuten erklärte er, er gäbe keine Ferien, auch dann nicht, wenn es der Arbeitgeberverband befehle. Diese zwei Firmen halten also eine Erholung für die Arbeiter nicht für nötig, obwohl sie selbst, wie die Unternehmer im allgemeinen, jeden Sommer sich einige Wochen in der Sommerfrische erholen. — Ferien sind soziale Maßnahmen, die wohl wert sind, von den Arbeitern aber Verweigerung zu werden. Ist es doch bekannt, daß die deutschen Arbeiter mit ihrem bekannten Vorkriegesstand der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt an erste Stellen brachten. Gerade dies hat uns ja zum großen Teil den Sieg der andern Nationen zugezogen und ist mit die Ursache des Krieges. Auch in Zukunft werden von Unternehmern die größten Anforderungen an die deutschen Arbeiter gestellt werden. Schon jetzt weisen die Herren darauf hin, daß wir die Weltbewerbsfähigkeit nach dem Kriege im Auge behalten müßten. Das ist aber mit einem entzweiteten Arbeiterstand ausgeschlossen. Ein kluges Unternehmertum wird einsehen, daß man mit der Arbeitsfähigkeit und Gesundheit der Arbeiter nicht haubbar treiben darf, soll die Eisenindustrie nicht sich allmählich die Erkenntnis Bahn. Die Maschinenfabrik und Eisengießerei von G. D. Bräcker & Söhne hat auf Wunsch der Kollegen ihren Ferien bewilligt. Auch bei der Eisengießerei „Wilhelma“ haben die Arbeiter schon vor dem Kriege Ferien unter Fortzahlung des Lohnes erhalten, die auch noch fortbestehen. Die Kollegen haben alle Ursache, überall darauf hinzuwirken, daß die Ferien Gemeingut werden. Zu allem gehört, die Zusammenkunft in der Organisation. Darum, Kollegen, macht die Arbeiterschaft aufmerksamer auf die Notwendigkeit der Organisation, denn nur Einheit und Geschlossenheit führt zum Ziel.

Ura a. D. Christliche Agitationsweise. In der Nr. 36 des christlichen Blattes Der deutsche Metallarbeiter finden wir wieder zwei Proben echt christlichen Geistes, die man nicht übersehen kann. 1. Unter der Überschrift „Burgfriede“ entwirft man sich dort darüber, daß ein Schriftführer des Hirsch-Dunder-ischen Gewerkschafts in Vödingen i. B. sich an einen im Geeseendienst noch befindlichen Unteroffizier wandte mit der Mitteilung, daß auf Anregung seines Vaters er beim Jeppelin-Werk seine Reklamation veranlassen habe und zum Schluß den Wunsch zum Ausdruck brachte, der Betreffende möge beim Eintritt ins Werk sich als Mitglied im Gewerkschaft aufnehmen lassen. Diese Art der Agitation findet die christliche Organisation für verwerflich und erhebt den schärfsten Widerspruch dagegen. Darüber muß man doch herzlich lachen, wenn man die christlichen Weisen kennt. Ich setze voraus, daß die christliche Art zu agitieren überall die gleiche ist, denn „Art läßt nicht von Art“. So bringen es diese Feinschlügigen, die für sich die größte Toleranz beanspruchen, fertig, überall, sei es im Munitionsbepfand Einfingen oder bei der Stadt, Straßenbahn in Ulm, oder beim Steinert Schwenk, oder sonstwo, die einzelnen Mitglieder anderer Organisationen zur Neuwahlnahme oder zum Lebertritt zu zwingen mit dem Hinweis, es hätte für den einzelnen keinen Wert, einer andern Organisation als der christlichen anzugehören, und wenn er, oder sie, nicht beitrete, könne der Verband auch nichts für sie tun. Ist die Person noch dazu katholisch, dann werden stärkere Mittel, die auf religiösem Gebiet liegen, gebraucht. „Du bist katholisch, also darfst Du nicht einer andern Organisation beitreten, das verbietet Dir Dein Glauben.“ So wird in ähnlicher Weise wird gearbeitet. In manchen Orten benutzt der Pfarrer nach die Christenlehre dazu, um vor dem „sozialdemokratischen“ Metallarbeiter-Verband zu warnen. Und kann es im Grunde genommen gleichgültig sein, wenn die Christen die heiligsten Gefühle des Menschen mißbrauchen, um ihn für ihre Zwecke einzufangen. Wir werden den Schaden nicht haben. Festregeln wollen wir nur ihre Agitationsweise und ihnen das Eine sagen, daß sie keine Ursache haben, über angeblichen Brand des zweifelhafte Burgfriedens zu klagen. 2. Der zweite Fall im gleichen Blatte ist wiederum ein Beweis für christliche Moral und Hochheiterkeit. Es ist der Bericht von Wöhringen i. Schw. (nicht bei Ulm a. D.). Dort heißt es in der Einleitung: „Seit der Zeit, wo der christliche Metallarbeiter-Verband in Wöhringen eingeführt wurde.“ Die Arbeiterschaft in Wöhringen wird sich erkundigt an den Kopf fassen und sich fragen, wo nimmt man der Mann den Wert her, um solche Worte schreiben zu können? Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Nur christliche Gerechtigkeit und barmherziges Entgegenkommen können den Boden, wo die Firmen geüben können, die bei starker Ausnützung der Arbeiterschaft die niedrigsten Löhne zahlen. So war es auch in Wöhringen, wo jahrzehntelang der katholische Arbeiterverein als „Gewerkschafts-Ordnung“ vorherrschte und der keinen Finger rührte, um die Verhältnisse zu verbessern. Erst als im Februar 1917 die Not der Zeit den schwer begünstigten Arbeitern das Denken lehrte, wo sie nach einem better Umschau hielten und der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf der Wöhringer Arbeiter und sofort über 200 Mitglieder anwies, mit einer Lohnbewegung einsetzte und eine allgemeine Verbesserung bis zu 50 v. H. des damaligen geradezu erbärmlichen Verdienstes erzielte, da regten sich die Christen mächtig. Der Herr Pfarrer und zwei Sekretäre mußten alles anbieten, um die Sturmflut zu bändigen und zu retten versuchen, was noch zu retten war. Von Haus zu Haus lief man damals und läuft noch heute, um mittels der Religion auf die anders organisierten Kollegen einzuwirken. Aber vergeblich. Die Lehre von der Machtlosigkeit der christlichen Organisation ist jetzt in tief in den Herzen der Wöhringer Arbeiter, als daß sie es jemals vergessen könnten. Ebenso wird der Bericht von der Arbeiterschaft in Wöhringen nicht vergessen können. Ebenso wird der Bericht von der Arbeiterschaft in Wöhringen nicht vergessen können.

Lohnbewegung den denkenden Arbeitern die Augen öffnen. Das ist die Arbeiterschaft, von der die Christen so viel Wesens machen: Den anheim die Arbeit, den Christen aber der Ruhm, das Verdienst für die Arbeiter, etwas getan zu haben. Wir danken! So sehr die Einigkeit allein dem Arbeiter kommen kann, so sehr wir bedauern, daß derartige Auseinandersetzungen nötig sind, so notwendig ist es zur Steiner der Wahrheit, die Sache auf den richtigen Weg zurückzuführen. Die Arbeiterschaft hat es in ihrer Hand, eine vollständige Einigkeit, eine geschlossene Haltung herbeizuführen, die uns allen bitter tut, indem sie der einzigen Parole folgt: Einigkeit in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Rundschau

Niedriger hängen!

Die Leipziger Volkszeitung enthält in ihrer Nummer 218 vom 18. September 1918 unter der Überschrift: „Die Inquisition im Dienste der Zentralkomitees“ folgendes: „In Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung wird unter der Überschrift: „In eigener Sache“ aus Essen eine Erklärung veröffentlicht, die unter Einleitung eines Ausschlußverfahrens von einem Vertreter der Opposition erzwungen worden ist. Diese Methode erinnert an die Zeiten der seligen Inquisition. Als im Mittelalter die Kritiker der Dogmen der katholischen Kirche den katholischen Behörden über den Kopf wuchsen und ihre Machtstellung erschütterten, errichtete man überall Tribunale, die die sogenannten „Keger“ zum Widerruf zwingen mußten. Wiberrief der Keger nicht, so kam er auf den Scheiterhaufen. Folgte er aber dem Ansinnen der Inquisitionsbehörde, wurde er begnadigt und diente den andern als abschreckendes Beispiel. So auch jetzt im Metallarbeiter-Verbande. Durch die Einleitung von Ausschlußverfahren und Schiedsgerichten versucht man, die unbeherrschten Kritiker mundtot zu machen oder sie aus der Organisation hinauszubringen. Die Zeit erscheint den Instanzen gegenwärtig günstig genug, um die Methode, die von Beglen auf dem Kölner Verbandstage angebrocht wurde, zur Anwendung zu bringen. Er drohte dort mit dem Hinweis auf die Vorführung der Opposition. Der Sturm freilich, den diese Drohung hervorrief, ließ die Herren noch einmal davor zurücktreten. Jetzt glaubt man, daß darüber Gras gewachsen sei, und man geht gegen die Vorführung der Opposition in der in Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung in Erscheinung tretenden Weise vor. Erreicht man keinen Widerruf, dann hinaus aus „unserer Organisation“. Wie uns berichtet wird, ist der Vorstand auch in Leipzig mit einem Schiedsgerichtsbescheid auf der Wöhringer ergriffen, um die Opposition mundtot zu machen. Hier gilt es vor allen Dingen, daß die Mitglieder darüber wachen, daß ihnen das Recht der freien Meinungsäußerung nicht auf diese mittelalterliche Weise zugeschnitten gemacht wird. Erreicht der Vorstand seinen Zweck, wird jede Kritik an den Maßnahmen des Vorstandes unterbunden, so müssen die Mitglieder alles schlingen, was ihnen von oben herab vorgelegt wird. Die Dinge mögen gegen ihre Interessen noch so sehr verstoßen, sie müssen von ihnen anerkannt werden, ob sie wollen oder nicht. Es sei denn, sie lassen sich diese Errichtung von Scheiterhaufen nicht gefallen und schüben die Vertreter ihrer Auffassung der Interessenvertretung der organisierten Arbeiterschaft. Die katholische Kirche konnte zwar mit Hilfe der Inquisition die Entwicklung der Dinge nicht aufhalten, sie mußte der Zeit weichen, aber der modernen Arbeiterschaft ist es nicht würdig, ruhig zuzusehen, wenn mit herartigen Mitteln die Meinungsfreiheit in den demokratischen Organisationen unterbunden wird. Sie sind es sich und ihren Vertrauensleuten schuldig, dagegen Sturm zu laufen. Paßt auf, wohin der Weg führt.“

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat auf dieses verlogene und niederträchtige Machwerk der Leipziger Volkszeitung am 21. September 1918 folgende Verächtlichkeit gefaßt: Die Darstellung in Nr. 218 der Leipziger Volkszeitung vom 18. September 1918 unter der Überschrift: „Die Inquisition im Dienste der Zentralkomitees“ ist in allen Teilen unrichtig. Es ist un wahr, daß der Widerruf der von einem Vertreter der Opposition“ (Steinhilber-Essen) verfaßten Erklärung des Inhalts: Die Mitglieder (Versammlungsmitglieder) betrachten den Aufruf als eine niederträchtige bestellte Arbeit, die alles in der modernen Arbeiterbewegung Vorgekommene übertrifft, und als Erbschneiderei politisch andersdenkender Kollegen von ihm „erzwungen“ worden ist. Wahr ist, daß sich der „Vertreter der Opposition“ freiwillig, nachdem er keinerlei Beweise für seine Behauptungen erbringen konnte, dem Vermittlungsvorschlag der Untersuchungskommission angeschlossen hat. In dem von den Feilschern des Aufgeschuldigten mitunterzeichneten Verhandlungsprotokoll heißt es wörtlich: Die Untersuchungskommission hat einstimmig beschlossen, von der Beratung des Vorstandes auf Ausschluß des Kollegen Steinhilber aus dem Verband zunächst abzusehen, wenn der Kollege Steinhilber sich zu der nachfolgenden Erklärung bereitfindet: „Ich erkläre, daß ich den gegen den Vorstand erhobenen Vorwurf, daß dieser mit dem Aufrufe: „Ihr selbst sollt entscheiden“ niederträchtige bestellte Arbeit geleistet habe, nach reiflicher Überlegung und nach der Erklärung des Vorstandesvertreter, der entschieden in Abrede stellte, daß Anhaltspunkte für die Vorwürfe der von mir erhobenen Art gegeben sind, nicht aufrecht erhalten kann. Ich nehme den Vorwurf daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da mir Unterlagen für meine Behauptungen fehlen. Desgleichen erkläre ich, daß der von mir erhobene Vorwurf der politischen Erbschneiderei ein in der Erregung erhobener Vorwurf ist, den ich ebenfalls nicht mehr aufrecht erhalte.“

U n o a h r ist ferner die Behauptung, daß „durch Einleitung von Ausschlußverfahren und Schiedsgerichten versucht wird, unbeherrschte Kritiker mundtot zu machen.“ Der „Vertreter der Opposition“ ist vor der Einleitung des Ausschlußverfahrens aufgefordert worden, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Dem ist er ausgeblieben und es erfolgte hierauf die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Das der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes „unbeherrschte Kritiker“ nicht mundtot macht oder die freie Meinungsäußerung unterbindet, beweisen die von ihm unbeanstandeten Veröffentlichungen aller zu seinem Aufruf angenommenen Entscheidungen. U n o a h r ist auch die weitere Behauptung, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes das Recht der freien Meinungsäußerung auf „mittelalterliche Weise“ zerschanden machen will.“ Wahr ist, daß die Untersuchungskommission genau den historischen Vorschriften entspreche, die der Opposition angehörige Mitglieder mißgeschloßen haben, der Angeklagte seine Weisheit frei aus dem Kreise der „Opposition“ ernannte und die Untersuchungskommission einstimmig die Form des Widerrufs beschloß überbereindarte. Mit dieser Verächtlichkeit des Vorstandes kann jedoch die Sache nicht abgetan sein. Der Vorstand ist vom Freigeist abhängig, wenn er die Aufnahme der Verächtlichkeit in der Leipziger Volkszeitung erreichen will. Für uns besteht diese Grenze nicht. Es wird vielleicht mancher Leseger meinen, wir hätten die gemeinen Anwürfe des von Anstand und politischer Ehrlichkeit unabhängigen Leipziger Blattes unbeachtet lassen sollen. Ist genug haben wir es ja auch schon getan, besonders in solchen Fällen, wo die Sache nicht mit wenigen Worten erledigt werden konnte. Bekanntlich kann Barmherzigkeit in fünf Zeilen mehr Unwahrheiten zusammenbringen als in 100 und mehr Zeilen zu widerlegen sind. Allein der jetzige Fall ist besonders hoch und läßt sich nicht abgetan sein. Der Vorstand ist vom Freigeist abhängig, wenn er die Aufnahme der Verächtlichkeit in der Leipziger Volkszeitung erreichen will. Für uns besteht diese Grenze nicht. Es wird vielleicht mancher Leseger meinen, wir hätten die gemeinen Anwürfe des von Anstand und politischer Ehrlichkeit unabhängigen Leipziger Blattes unbeachtet lassen sollen. Ist genug haben wir es ja auch schon getan, besonders in solchen Fällen, wo die Sache nicht mit wenigen Worten erledigt werden konnte. Bekanntlich kann Barmherzigkeit in fünf Zeilen mehr Unwahrheiten zusammenbringen als in 100 und mehr Zeilen zu widerlegen sind. Allein der jetzige Fall ist besonders hoch und läßt sich nicht abgetan sein.

läge und Schlagworte so unendlich leicht gemacht wird, daßselbe Verfahren haben die Kollegen in der Metallarbeiter-Zeitung an meinen Aufsätzen angewendet versucht. Und der einzige, der aus sprach, daß die Aufsätze doch zu einigem Denken angeregt hätten, der wollte die Erwiderung und die Prüfung der angezogenen Fragen andern überlassen. Was in den Entgegnungen zum Ausdruck kam, das ist Kerger über eines anderen Ansichten, aber belletrische Kritik an einer sachlichen Darlegung. Noch ist es aber doch gestattet, Ansichten zu äußern, die sich durch Beobachtung und Tatsachen ergeben haben. Ganz Unentwegte behaupten, die Kritik sei die Mutter alles Fortschrittes. Außerdem aber wird die freie Meinungsäußerung doch gerade in jenen Kreisen so sehr geschätzt. Oder sollte das nur da der Fall sein, wo es sich um eine bestimmten Kreisen gefällige Meinung handelt? Dann aber sind wir mit unserer Erkenntnis über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge noch keineswegs am Ende, sobald wir nicht etwa nichts zu lernen brauchen. Man braucht nicht gerade gleich an das berühmte „Umlernen“ zu denken, um bei offenem Blick zu erkennen, daß doch vieles ganz anders gekommen ist als wir vermutet, und daß die weitere Entwicklung ganz offensichtlich auch einen etwas anderen Weg einschlägt als wir zu sehen geglaubt hatten. Also an den unumstößlichen Tatsachen und Verhältnissen sich sein Urteil bilden und nicht einfach für Alles und Jedes alte, zum Teil verbrauchte Begriffe und Lehren anzuwenden, das war meine — bei einigen leider mißverständene — Mahnung. Derartige offen aussprechen zu dürfen, kann und sollte man nicht durch Entschuldigungen einzelner Mitglieder verhindern wollen. Wenn es aber Brauch werden sollte, daß in Entschuldigungen (Magdeburg) über den Inhalt und sogar über die Dinge von Aufsätzen entschieden werden soll, dann geben wir lustigen Verhältnissen entgegen. Die Inquisition des Mittelalters und die bürokratische Zensur würde in einer demokratischen Organisation und von freiwillig sich gebenden Kollegen errichtet.

Und die Kollegen von Goldlauter bestreiten, was sie zu widerlegen versuchen. Nach ihrer Entgegnung in Nr. 36 scheinen die Unorganisierten die „Sakung und Schreibweise“ der obern Instanzen sogar besser beurteilen zu können als die Organisierten. Wenn man die Unorganisierten als Kronzeugen aufruft, dann bekommt die Entgegnung der Kollegen von Goldlauter keinen anderen Sinn. Die Tatsache geänderter Verhältnisse einfach zu ignorieren und sich dabei auf noch so schöne und alte Grundzüge einzeln und allein zu berufen, das hat gar keinen Sinn. Es grenzt an den Hebermuth des ehlen „Don Quijote“ in Cervantes bekannter Erzählung. Getrichelt keine hat einmal in einer Vorrede zum „Don Quijote“ diesen Geldemur trefflich glossiert und es ist vielleicht doch nützlich, die Stelle hier der Vergessenheit zu entreißen: „Ich war damals der Meinung, die Väterlichkeit des Donquijotismus bestehe darin, daß der edle Ritter eine längst abgelebte Vergangenheit ins Leben zurückrufen wollte und seine armen Glieder, namentlich sein Rücken mit den Lasten der Gegenwart in schmerzliche Weidungen gerieten. Ach, ich habe seitdem erfahren, daß es ebenso undankbare Tollheit ist, wenn man die Zukunft allzu frühzeitig in die Gegenwart einführen will und bei solchem Unkompe gegen die schweren Interessen des Tages nur einen sehr mageren Kieper, eine sehr morsche Rüstung und einen ebenso gebrechlichen Körper besitzt. Wie über jene, so auch über diesen Donquijotismus schüttelt der Weise sein vernünftiges Haupt.“ J. Kurth (München).

Unser Verband in der 214. Kriegswache

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 214. Kriegswache ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Lumbingen, Gränberg, Gotha, Döhring, Schmalbalden, Jorke, Weibel-Schulau, Bamberg und Landshut.

Übersicht über die Zeit vom 1. bis zum 7. September 1918.

Table with columns: Verwaltungsstellen, Mitgliederzahl zu Anfang, Davon vom Heer entlassen, Davon vom Heer abgegangen, Davon vom Heer einmargen, Davon am Schlusse der Woche, Davon arbeitslos, Davon zum Heer, Anträge für Arbeitslosenunterstützung.

Zu der Berichtswache wurden (außer Berlin) 1402 neue Mitglieder aufgenommen. 465 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

3934 Mitglieder = 2,00 v. H. waren krank gemeldet, an die 68891 A Unterstützung ausbezahlt wurden. Gegen die Vorwoche hat noch ein Rückgang in der Krankenzahl von 146 oder 0,04 v. H. stattgefunden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 29. Sept. der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 2 des Verbandsstatuts folgender Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich, Beginn der Beitragszahlung.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16, 1. Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstr. 16, 1. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

„Wohin der Weg führt“, als wenn man beratige Erzeugnisse systematischer Schmächtig niedriger hängt. Die ganze Unheiligkeit des Leipziger Blattes ist schon dadurch gekennzeichnet, daß sie die Veröffentlichung in Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung vollständig unterdrückt. Natürlich, ohne diese Unterdrückung hätte sie ihren Lesern den Vergleich des Untersuchungs- und Schiedsgerichtsverfahrens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit den inquisitorischen Arbeitergerichten nicht ziehen können. Die Leser der Leipziger Volkszeitung und besonders unsere dortigen Verbandskollegen können aus der Behandlung des Falles Steinbauer ersehen, wie niedrig ihr Verstand von ihrem Blatt eingeschätzt wird. Der Fall Steinbauer ist in Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung vollkommen klar dargestellt worden. Die Leipziger Volkszeitung warde nun knapp zwei Wochen mit ihren Verdrehungs- und Verleumdungskünsten; sie rechnete darauf, daß der Restzahl unserer dortigen Verbandskollegen der Wortlaut und Sinn der Vorstandsbeschlüsse nicht mehr genügend im Gedächtnis sei. Nichtsdestoweniger hat sie die Dreißigkeit, ihren Lesern mitzuteilen: „Bist auf, wohin der Weg führt.“ Unter Weg ist gerade. Aber wohin führt der Weg, den die Leipziger Volkszeitung weist? Zu Lüge und Verleumdung, zur Verhöhnung der Verbandsmitglieder gegen ihre freigeählten Führer, zur Spaltung und damit zur Ohnmacht der Arbeiterschaft.

Auch der Genosse Regien muß dem Blatte wieder als Unterlage für Verdrehungen dienen. Regien hat in Köln kein Wort von dem gesagt, was ihm die Leipziger Volkszeitung wider besseres Wissen unterstellt. Es ist traurig, daß wir das auch noch feststellen müssen, um so trauriger, weil in der Redaktion des Leipziger Blattes Verbandskollegen sitzen, die den Sachverhalt ganz genau kennen.

Wenn die Leipziger Volkszeitung einen Kampf gegen wirkliche Arbeiterverfolgung führen wollte, so hätte sie dazu in ihrem Verbandsverhältnis und Gelegenheiten genug. Dort ist man immer nur zu schnell bereit, Scheiterhaufen zu errichten, um die, die „nicht willig sind“, zu verbrennen. Auf Wunsch können wir noch deutlicher werden.

Neue „Enttüllungen“.

Unter dieser Überschrift brachte die Internationale Korrespondenz am 7. September unter anderem folgende Mitteilung:

Das Berliner Mitteilungsblatt legt seine Enthüllungen aus gestohlenen Protokollen der Generalkommission fort. Diesmal ist die Lohnpolitik der Gewerkschaften an der Reihe. Bekanntlich hatten wir im Herbst 1914 nahezu 25 v. H. Arbeitslose, und damit war jeder Streik physisch unmöglich. Bis Mitte 1915 an war Hochkonjunktur, die sich immer mehr steigerte. Was macht nun das Mitteilungsblatt? Es veröffentlicht einen Auszug aus der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, die sich gegen alle Streiks aussprach, und ein Schreiben der Generalkommission an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 25. November 1914, in dem um Förderung friedlichen Zusammengehens von Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen erachtet wurde, und stellte demgegenüber ein Rundschreiben der Unternehmerverbände vom 10. November 1916 über die Unterstützung der Wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung. Mit solchem Ueberjungen der Jahreszahlen kann man natürlich leicht beweisen, daß die Gewerkschaften Arbeiterinteressen preisgegeben hätten und am Juridischen hinter der Löhne mit schuld seien.

Zur Ehre des Berliner unabhängigen Mitteilungsblattes wollen wir einstweilen annehmen, daß es selber von einem „Mitarbeiter“ hineingelegt worden ist und in der Eile auf den Unterschied in den Jahreszahlen nicht geachtet hat. Wenn am 14. September, also eine volle Woche später, nachdem die I. A. auf diesen die Sache erst ins richtige Licht rudernden Umstand aufmerksam gemacht hat, hat die Vergessliche Arbeiterstimme noch die Unverlässigkeit der „Enttüllungen“ samt den häßlichen Bemerkungen dazu hinstellen abgedruckt. Das ist schon kein Versehen mehr, sondern bewußte Unehrlichkeit.

Verwaltungsverwaltung und Arbeitsbeschäftigung.

Die Frankfurter Zeitung schreibt in ihrem Abendblatt Nr. 258 vom 17. September 1918: Die Uebertragung weitgehender verwaltungsrechtlicher Befugnisse auf militärische Kommando- und Behörden, die der Krieg mit sich gebracht hat, hat neben sehr viel Unersprißlichem jurecens auch Maßnahmen gezeigt, die von einem erfreulichen Maß von Einsicht und Verständnis für soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge zeugen. So hat jüngst das Oberkommando einer Armee im besetzten Gebiet, wo die Einwohnerschaft vielfach zur Arbeitsleistung in der Landwirtschaft, im Straßenbau usw. herangezogen wird, innerhalb seines Wehrbereichs die Einführung des achtstündigen Arbeitstages verfügt und dieser Verfügung eine Begründung gegeben, die geradezu vorbildlich auch für viele unserer zivilen Verwaltungsbehörden zu nennen ist.

Nach der Deutschen Industriebeamten-Zeitung hat diese Verfügung folgenden Wortlaut: Die arbeitgebenden Dienststellen müssen bei dem augenblicklich besonders starken Mangel an Arbeitskräften in der Armee mit aller Sorgfalt darüber wachen, daß durch Hebung von Arbeitslust und Anreiz die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst und reiflos ausgenutzt wird.

Neben beständiger Sorge um gute Unterbringung und Versorgung, besonderer Behandlung der Wessung ist dies zu erreichen durch Anreizung der Anmarschwege und strenge Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit (einschließlich Anmarsch). Außerdem sind Aufträge dringend erforderlich. Der gegebene Tag ist der Sonntag, der auch am Vormittag frei sein soll. Nachen bringende Aufgaben eine Sonntagarbeit unvermeidlich (Ernte usw.), so muß möglichst in der Woche ein Aufschlag eingelegt werden.

Schade nur, daß die Kommandeure, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslust und damit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters gesteigert wird, auf das besetzte Gebiet beschränkt zu sein scheint. Könnten die gleichen sozialen Erwägungen nicht auch im Lande die gleichen Maßnahmen auslösen?

Erklärung der Protestation am 1. Oktober 1918.

Der Staatsrat des Kriegsernährungsamtes hat angekündigt, daß vom 1. Oktober an das Brot wieder um 10 v. H. mit Kartoffeln gekocht wird. In diesem Zweck werden die Kartoffelzucker, soweit sie gleichzeitig Selbstverarbeiter in Brotgebieten sind, die erforderlichen Kartoffelzucker befragen. Ferner werden diejenigen Kommunalverwaltungen, denen im Wirtschaftsjahr 1917 Kartoffelzucker zur Brotbackung zugewiesen wurde, die zur Erzeugung benötigten Kartoffelzuckerbestände mit 20 Prozent nachträglich auf dem Fuß über leistungsberechtigter Bevölkerung für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. März 1919 von der Kartoffelzuckerbehörde befragt zu werden. Der obigen Kommunalverwaltungen sollen durch die Kartoffelzuckerbestände (Zucker) von einem auch zu befragenden Zeitpunkt es Kartoffelzuckerbestände zum Zweck der Brotbackung geistert werden; bis zu diesem Zeitpunkt wird ihnen als Gehalt für die folgenden Ertragsmittel eine Menge von 20 Prozent auf dem Fuß und den Tag zugewiesen werden. — Demgemäß erklärt sich die Nation vom 1. Oktober an einseitig von der Staatsrat auf 20 Prozent, so daß die Protestation wieder die alte Gültigkeit erlangt.

Handwerker-„Blitz“.

Die Handwerker haben jetzt keine guten Zeiten. Die Schwerkraftverfassung ist nach wie vor so verfahren, daß immer mehr Zeit hat, sich mit einem Gehör behälter wegzubringen. Die (auch nicht) geordnete Verfassung unserer Kriegszeit hat jetzt gerade ebenfalls nicht wenig. Die Zeiten in der Zeit haben jetzt die Handwerker und ihre Angehörigen haben keine Ruhe. Der III bringt in seiner Nr. 37 vom 13. September „Kriegsbeschlüsse der Reichsregierung“, denen einen über das Geld. Dieser (siehe) folgendem:

„Bis ist aber bis zum 1. Oktober nicht mehr Zeit, denn geht es zur Revision. Ferner enthält die Nummer ein Schick „Spinn, Spinn! Spinn!“ zu allen Zeiten.“

Davon lautet die letzte Stroche:
 Rubber ist veraltet,
 Segel keinen Ton mehr.
 Un de Dichter geht barfuß,
 In n Hemd von Papier,
 Credit Kären davorer,
 Del gahn bet ant Knel,
 Un denn dreht sich Granaten
 In Spandau — juchheil!

Die Dichterin nennt sich Martha Müller. Es wäre besser, wenn Martha Müller erst einmal versuchen wollte, Granaten zu brechen. Dann würde sie sicher bald die Zuchsel-Stimmung verlieren.

Vom Ausland

Skandinavien.

Das Nordische Arbeiterkongress trat am 1. September in Kopenhagen zusammen. Die I. A. berichtet darüber: Die Konferenz war von 32 Delegierten besetzt, davon 10 aus Norwegen, 7 aus Schweden und 15 aus Dänemark; die Führer der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Ole Vian, Hermann Lindquist und E. J. Madson, Minister Starming und andere bekannte Arbeiterführer nahmen an den Beratungen teil. Madson führte den Vorsitz. Er hob in seiner Begrüßungsrede hervor, daß diese Konferenz zwar nicht die erste, aber die umfassendste Vertreterversammlung der skandinavischen Arbeiterschaft während des Krieges sei.

Die Vertreter der einzelnen Länder erstatteten dann Bericht über die Lage der Arbeiter. Vian führte über Norwegen aus: Die Arbeitslosigkeit des ersten Kriegsjahres ist von Hochkonjunktur und Löhnerhöhung abgelöst worden. Die Arbeiter erreichten bedeutende Löhnerhöhungen und Löhnerhöhungen. 42.000 Arbeiter, die im Jahre 1917 an den Lohnbewegungen beteiligt waren, erzielten durchschnittlich 500 Kronen Löhnerhöhung für Mann und Jahr. Nach der Statistik der Unternehmer betragen die Löhnerhöhungen durchschnittlich in der Exportindustrie 105 v. H., in der übrigen Industrie 95 v. H. und im Handwerk 80 v. H. Einer durchschnittlichen Löhnerhöhung von 95 v. H. im ganzen steht aber eine Preissteigerung von 137 v. H. gegenüber. Die laufenden Verträge sind sehr kurzfristig: für 1200 Arbeiter laufen die Verträge in diesem oder im nächsten Jahre ab. Die Gewerkschaftsopposition habe in diesen anormalen Zeiten gewisse Fortschritte gemacht; der Gewerkschaftskongress im Oktober lehnte jedoch alle Vorschläge mit Zweidrittelmehrheit ab. Die schlechten Ernährungsverhältnisse tragen viel zur Steigerung der Unzufriedenheit bei. Erst zu Beginn dieses Jahres hat Norwegen die Nationalisierung durchgeführt. Die Folge war, daß die Privatizationen äußerst klein wurden und die Kartoffeln gänzlich vom Markt verschwanden. In der Partei seien bekanntlich mit dem Siege der linken Richtung ganz neue Männer an die Spitze gelangt, aber irgendwelche größere Veränderung sei dadurch bisher nicht eingetreten. Die neugegründeten „Arbeiterräte“ hätten eine „Allion“ für den Achtstundentag eingeleitet, aber einen so völligen Fehlschlag erlitten, daß er für eine ordnungsgemäße Organisation unerschwinglich wäre; in der Meinung der Arbeiterklasse hätten sie ausgespielt. Auch in einem Gewerkschaftsverband (Fabrik- und Hilfsarbeiter) hätte die Opposition jetzt die Leitung in Händen. Die zukünftige Entwicklung lasse sich schwer voraussagen. Staatliche Zuschüsse hätten die Preissteigerung um 19 v. H. ermöglicht. Danach bliebe den Arbeitern etwa ein Fünftel der Löhnerhöhung selber zu tragen.

Die Lage der Arbeiter in Schweden schilderte der Präsident der zweiten Kammer, Hermann Lindquist. Textilindustrie, Granitindustrie und Margarineindustrie seien wegen Mangels an Rohmaterial eingestellt. Sonst war die Arbeitslosigkeit während des Krieges geringer als in Friedenszeiten. Jetzt wird die Industrie von einem immer höherem Mangel an Feuerung und Öl bestraft. Die Lebensmittelpreise sind um 115 v. H. gestiegen. Eine ganze Reihe wichtiger Lebensmittel sind ganz oder teilweise vom Markt verschwunden. Die gewerkschaftliche Landeszentrale umfaßt jetzt 213.000 Mitglieder, bedeutend mehr als vor dem Generalstreik des Jahres 1909. Die Zahl der Lohnbewegungen nimmt ständig zu; 1914 waren 27.000 Arbeiter, 1917 dagegen 170.000 daran beteiligt. Die Arbeiteräte, nach russischem und nordwestlichem Muster gegründet, stehen nur auf dem Papier, die tendenziöse Bewegung ist schwach und begehrt eine Unüberlegtheit nach der anderen.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks, Madson, rühmte die Sozialisten aus Deutschland, an denen die Gewerkschaften der Arbeiter so stark beteiligt sind und die erlaubt haben, bisher die wichtigsten Betriebe im Gang zu halten. Aber der Mangel an Rohstoffen und die Löhnerhöhung nimmt zu. Infolge dessen herrscht große Arbeitslosigkeit; im März gab es trotz aller Gegenmaßnahmen 45.000 und auch im August noch 30.000 Arbeitslose, davon in Kopenhagen allein 16.000. Diese Zustände nutzten die Syndikalistens aus und machten der Arbeiterbewegung große Schwierigkeiten. Das vom Reichstag genehmigte Gesetz über Ausbau der Arbeitslosenversicherung und über Wirtschaftsjahre war ein wesentlicher Fortschritt. Große Arbeitskämpfe wurden allgemein durch Verhandlungen beigelegt. Die Landwirtschaft, vor dem Kriege auf Ausfuhr eingestellt, hat nunmehr Mühe, den Bedarf des eigenen Landes zu decken. Die Steigerung der Preise beträgt durchschnittlich 82 v. H. Die Mitgliederzahl der Landeszentrale hat 200.000 überschritten.

Am zweiten Tage wurde zunächst über den Achtstundentag verhandelt. In Norwegen ist ein Maximalarbeitszeit von 54 Stunden durchgesetzt, bei schwerer Arbeit darf nur 48 Stunden gearbeitet werden. Staats- und Gemeindebetriebe, Wärderei und Papierindustrie haben den Achtstundentag. Die Regierung hat das rechtliche Recht, ihn allgemein anzuordnen. — In Schweden ist man durch gewerkschaftlichen Kampf dem Achtstundentag nahegekommen. — In Dänemark haben die Bauarbeiter und Wärderei den Achtstundentag; diese leiden jedoch noch unter der Notdurft, ebenso wie in Norwegen. — Es soll versucht werden, im Jahre 1920 die gesetzliche Einführung des Achtstundentages in den skandinavischen Ländern zu erreichen. Den finnischen Arbeitern wurde eine Unterstützung von 30.000 Kronen gewährt. Eine Resolution über die gewerkschaftliche Internationale bestätigte die Beschlüsse der Berner Konferenz und mahnte dazu, im Interesse der Arbeiterklasse die Schwierigkeiten zu überwinden, welche der Wiedererrichtung der Internationale im Wege stehen.

Großbritannien.

Arbeitsbeschäftigung der Schwerindustrie nach dem Kriege. J. A. Im Juli 1916 ist von der englischen Regierung ein Ausschuss errichtet worden (Committee on commercial and industrial policy after the war), der sich mit den Fragen der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege befaßt. In Unternehmenskreisen hat man diese Fragen für jedes einzelne Gewerbe durchgearbeitet, und es ist für die deutschen Gewerkschaften besonders wichtig, die Vorschläge kennen zu lernen, die für die Schwerindustrie und Hüttenindustrie, also das Gewerbe, wo die Anwendung der Arbeiterorganisationen in Deutschland sich noch nicht bemerkbar hat, in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse maßgebend sein werden.

Der Bericht sagt, daß Fortschritten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber die Leistungsfähigkeit der Werke ungenügend beschleunigen werden und daher vermieden werden müssen. Es wird vorgeschlagen, alle in der Eisen- und Stahlindustrie tätigen gelehrten und ungelerten Arbeiter in einer Gewerkschaft zusammenzufassen, mit der durch Verhandlungen die Arbeitsbedingungen festzulegen sind. Derartige Einrichtungen sollen durch örtliche Gruppen geregelt werden. Bei Unmöglichkeit soll ein örtliches Schiedsgericht gegründet sein, welches angerufen werden muß. Die Bezahlung soll möglichst in Aktien erfolgen. In Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit soll allgemein die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Ferner sollen die Arbeiter bei der Verteilung der Arbeit, der Einschränkung der Erzeugung und bei der Leistung der Ueberarbeit mit zu entscheiden haben. Der Ausschuss schlägt ferner vor, die Verdünnung der Arbeiterkraft zu erhöhen. Es soll das (schon) übliche Alter von 14 auf 16 Jahre erhöht werden. Die Lehrlinge sollen die Spezialausbildung mehrere Jahre besuchen. Die Anstellung und das Verhalten der Lehrpersonen

in den Fortbildungsschulen in ihren Vertikern soll von einem Ortsausschuss abhängig sein, der sich aus Arbeitern und Arbeitnehmern zusammensetzt.

Die Zeitschrift Stahl und Eisen, das Blatt des deutschen Eisenhüttenwesens, die den Bericht des Untersuchungsausschusses ausführlich bespricht, sagt zu den Vorschlägen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, die ein Handhabbararbeiten der Unternehmer und Arbeiter ermöglichen sollen: „Wie er (der Bericht) sich im einzelnen die Bewältigung dieser Ziele denkt, davon ist allerdings nicht die Rede. Der Bericht kommt vielmehr über ziemlich nichtsagende Worte nicht hinaus und gibt sich keine Mühe, diese doch recht weittragenden Vorschläge irgendwie zu begründen. Ein weiteres Eingehen auf diese Pläne erübrigt sich daher.“ Eine andere Stellungnahme war von unseren Unternehmern in der Stahl- und Eisenindustrie aber auch nicht zu erwarten. Aber auch ihr Geschäftsbüchel wird gebrochen werden.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(B. u. G. Hamburg.)

Der Kurpflichtrat hat in seiner ersten Sitzung nach der Generalversammlung sich wieder konstituiert, den Kollegen P. Deutschmann zum Vorsitzenden und zur Führung der Korrespondenz sowie der Geschäftsführung des Unterstützungsfonds bestimmt. Brief- und Geldsendungen an den Kurpflichtrat sind an den Unterzeichneten zu richten. Ferner weisen wir erneut darauf hin, daß Gesuche um Unterstützung für die Familienangehörigen der im Felde gefallenen Mitglieder und auch für ausgesteuerte Mitglieder (ebensolche von drei Ortsbeamten unterschrieben sein müssen. Der jeweilige Bevollmächtigte hat seine Adresse dem Gesuch beizufügen. Bei Geldsendungen für den Fonds muß, um Falschmittlungen zu vermeiden, angegeben werden, für welche Familie der Betrag zu buchen ist.

Mit Gruß

Der Kurpflichtrat.

P. Deutschmann, Berlin O. 84, Bismarckstr. 27.

Abrechnung über den Unterstützung- und Agitationsfonds vom 1. Juli bis zum 28. August 1918.

Einnahmen:

- Von Albers 17,40 M. Barop 40. Baumgartenweg 37. Bergedorf 100. Berlin I 50. Berlin II 200. Berlin IV 100. Berlin VI 140. Berlin IX 300. Berlin X 60. Berlin XII 60. Berlin XIII 60. Bephorf 17,50. Bielefeld 50. Bochum 99,80. Bonn 40. Borsigwalde 75. Braunschweig 21,70. Bremerhaven 50. Breslau 600. Bromberg 10. Buchholz 5. Biberich 22,50. Charlottenburg 120. Köln a. Rh.-Süd 19,65. Köln-Rail 44,50. Köln-Rail II 10. Köln-Poll 10. Köln-Ring 25,10. Cöpenick 18,40. Erfeld 30. Dietrichsdorf 100. Dinslaken 20. Dreesden-Hausitz 50. Düren 50. Düsseldorf 130. Düsseldorf-Derendorf 253,80. Düsseldorf-Ring 150. Düsseldorf-Geest 48. Düsseldorf-Rail 132,50. Duisburg-Gaar 90. Duisburg-Heiderich I 60. Durlach 75. Eberswalde 80. Eisingen 12,30. Elbing 18,50. Emmendingen 15. Eningen 5. Frankfurt a. M. 10. Friedriehshafen 53,80. Geisweid 49,20. Gelsenkirchen-Schale 20,40. Gremberich 50. Gummersbach 50. Hagen-Eilpe 90. Hagenfeld 15. Gspethal 20. Gattingen 44,20. Gema 20,10. Giesfeld 26,20. Günges 54. Jena 20,75. Kaiserlautern 100. Kail 10. Karlsruhe 40. Kiel-Gaarden 200. Kray 50. Landsberg a. d. E. 11,60. Landsberg 10. Leipzig-Ost 73,40. Leipzig-St. Bischer 13. Leipzig-Schönefeld 20. Leipzig-Clötteritz 20. Siegnitz 15,10. Lübeck 20. Lünen 67,10. Magdeburg 60. Magdeburg-Fraustal 10. Magdeburg-Sudenburg 19. Mörch 26. Mägeln 50. Mülheim (Ruhr) 100. Mülheim 200. Pörsim 22,20. Reusfeld 20. Niederschönweide 65. Oberhausen I 20. Offenbach a. M. 24. Ohlig 43,40. Pantow 140. Pfortheim 100. Ratingen 10. Reinsdorf 22. 47,20. Renscheid I 150. Rheinbäulen 10. Rheidt 73,20. Rottenburg 20. Ruppurr 82. Rürtingen 100. Schöneberg 50. Solingen III 49,50. Solingen IV 144,20. Spandau 70. Speyer 37,50. Stahlheim 50. Strum 100. Thal a. S. 25. Tempelhof 60. Tiefenbach 20. Uedingen 40. Unterloden 30. Urberach 20. Urenbach 50. Wiblingen 8. Wolmarstein 20. Waldmarstein 40. Wald I Rhld. 50. Weigensee 50. Wilbau 80. Witten 44,10. Zulenroba 39. Zwickau 23. Durch den Vorstand 17,60. Saarbrücken II 7,70. Einzelmitglieder 9,20. Zinsen 128,20. Gesamtsumme 7532,20 M.

Ausgaben:

- An die ausgesteuerten Mitglieder: J. Quandel, Bephorf, 60 M. P. Sloboda, Dresden-Cotta, 60. Gg. Hoffmann, Friedriehshafen, 60. J. Kopbauer, Einzelmitglied, 60. Wilh. Paris, Berlin XIII, 50. Wilh. Brunner, Friedriehshafen, 60. Alb. Weg, Eningen, 50. Em. Ungang, Düsseldorf-Rail 60. An die Hinterbliebenen von 102 im Felde gefallenen Mitgliedern 5675. Porto und Briefgeld 26,20. Verwaltungskosten 25,50. Jahrgeld an die Revisoren — 50. Gesamtsumme 6187,20 M.

Abschluß:

Einnahmen	7532,20 M.
Ausgaben	6187,20
Mehreinnahmen	1345,- M.
Kassenbestand am 1. Juli 1918	2427,72
„ „ 28. August 1918	2559,72

Berlin, den 18. September 1918. Paul Deutschmann.
 Geprüft und für richtig befunden.
 Die Revisoren: Josef Bielech, P. Bielech.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Das Gesinde. Ein wertvolles Handbuch für jeden Betriebsbeamten, Bedienten, Dreher, Schlosser, Mechaniker u. dergl. Zweite ergänzte Auflage. Vollständiges Nachschlagewerk zum Gewinnschneiden. Einfachstes Lehrbuch zum Bedienen der Messelüber. Nebst Anhang für Konischdrehen, Grabrechnung, Umrechnungsgeometrie u. dergl. Bearbeitet für die Verlagsanstalt von B. Schüler, Buchverleger, Augsburg. 190 Seiten. Preis gebunden 3,25 M., unter Madname 30 M. mehr. Zu beziehen von B. Schüler, Augsburg, Fimhoffstr. 79. — Wie man sieht, verpricht der Verfasser des Buches ziemlich viel. Allerdings muß man zugeben, daß er auch hält, was er verspricht, und bei der neuen Auflage sind außerdem die bisher mit dem Buche gemachten Erfahrungen berücksichtigt worden. Ferner werden die Gewinnschneiden ergänzt und es kam noch hinzu ein Anhang für Konischdrehen, Grabrechnung und Berechnung der Umrechnungsgeometrie und Größe von Riemenröhren. Fernerzuheben ist ferner, daß das Buch trotz der Schwierigkeiten während der Kriegszeit sehr sauber gedruckt und dauerhaft ausgestattet ist.

Vorbands-Anzeigen

- Mitgliederveranstaltungen.** (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)
 Sonntag, 6. Oktober:
 Bremerberg, Arbeiterkassino, Thalftr. 2.
 Essen (Kriegsmonat u. Helfer).
 Gifflingen, Kaphaniallee, 11 Uhr.
 Sonntag, 13. Oktober:
 Weicklau (Kriegsmonat u. Helfer).
 Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.
- Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.**
 Koffen. Der Bevollmächtigte und Kassierer Otto Birkner wohnt Altesener Straße 68, Erdg. im 2. Geschosset 7/7-7 Uhr abends, Kranken- und Arbeiterkolonnenführung nur Sonntags von 6 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen.